

Gemeinsam!

Thomas Eberhardt-Köster und Werner Rätz über Attac im G20-Bündnisprozess

Vor jedem Protest steht die Frage: Wer wird gegen die Politik der G20 auf die Straße gehen? Wie, mit wem und an welchen Stellen können wir zusammenarbeiten, um kraftvolle Proteste zu organisieren? Anfang Mai 2016 haben wir deshalb als Attac Deutschland die Initiative ergriffen und für Mitte Juni zu einem ersten Treffen nach Frankfurt eingeladen, um über mögliche gemeinsame Aktivitäten zum G20-Gipfel zu sprechen. Diese Einladung richtete sich an alle Organisationen, die zehn Jahre vorher zum G8-Gipfel in Heiligendamm in Bündnissen agiert hatten, an denen wir beteiligt waren, und an alle anderen Aktionspartner seitdem, insbesondere den bundesweiten Kreis der Anti-TTIP-Proteste. Das Treffen war dennoch klein und es gab noch kaum Pläne. Fest stand nur, dass die Bundesregierung ihren eigenen „Protest“ ausrichten lassen würde, im Rahmen des so genannten C20-Prozesses, und dass größere NGOs dabei mitmachten.

Verabredet wurden weitere Treffen nach der Sommerpause, die dann ab September in Hamburg stattfanden. Unser Anliegen als Attac war es von vorne herein gewesen, dass alle am Protest beteiligten Organisationen und Spektren in Hamburg an einem Tisch sitzen sollten, unabhängig davon, wie sie die G20 konkret einschätzen und was sie an Aktionen planen. Aber nur beim ersten Hamburger Treffen im September 2016 gelang es, von den großen NGOs bis zu autonomen Gruppen alle möglichen Spektren gemeinsam zu versammeln. Der Umgang miteinander war zwar freundlich und offen, aber die Notwendigkeit der Kooperation oder zumindest des breiten Austauschs wurde nicht von allen gesehen. Tatsächlich wurde dieser Kreis, der später unter der Bezeichnung „G20-Plattform“ agierte, überwiegend durch das individuelle Engagement einer Handvoll Personen, darunter einigen Attacies, zusammengehalten, die zwar in unterschiedlichen Organisationen aktiv waren, aber sich politisch recht nahestanden oder schon über lange Erfahrungen miteinander verfügten.

Für Attac war es selbstverständlich, dass der Protest stattfinden muss, während die Staatsleute in der Stadt sind, gegen deren Politik er sich richtet. Einige Organisationen plädierten dagegen dafür, schon am Wochenende davor zu demonstrieren. Sie meinten, so die besseren Medienbilder schaffen zu können, hatten aber vor allem die Befürchtung, dass es für die Gipfeltage selbst nicht zu einem tragfähigen Aktionskonsens kommen könne und wahrscheinlich auch Bilder produziert werden würden, mit denen man nicht in zeitlichen Zusammenhang gebracht werden wollte. Anders als bei anderen Gelegenheiten ist es uns nicht gelungen, alle Beteiligten zumindest auf einen solidarischen Umgang miteinander einzustimmen.

Während diese Debatten noch liefen, mussten Entscheidungen getroffen werden, welche Aktivitäten während der Gipfeltage und/oder direkt davor gemeinsam organisiert werden sollten. Wir haben als Attac auf einen Dreiklang orientiert: eine inhaltliche Veranstaltung, Aktionen Zivilen Ungehorsams und eine internationale Großdemo fanden rasch Zustimmung. Etwas länger dauerte es, bis allen Beteiligten wirklich bewusst war, dass sie alle auf mindestens ein gut funktionierendes Camp angewiesen sein würden. Organisiert wurden diese Dinge aber in je eigenen Bündniskreisen; die Plattform beschränkte sich auf den Informationsaustausch, weil nicht alle jeweils jede Aktion mittragen wollten. Trotzdem gelang es nicht, Campact, Naturfreunde und andere in der Plattform zu halten. Sie arbeiteten im Folgenden auf eine Protestwelle am Samstag vor dem eigentlichen Gipfeltreffen hin.

Diese rigide Vorababgrenzung zu Teilen des Protestes ergänzte sich spiegelbildlich mit der sehr früh einsetzenden staatlichen Propaganda, die den anstehenden Protest als gewalttätig verunglimpfte. Zwar war der Mobilisierungserfolg der Demonstration am 2. Juli absehbar bescheiden, aber das Problem der Spaltung blieb bestehen. Das schwächte sowohl die Plattform, indem vor allem die großen NGOs sich zwar nicht distanzieren, aber einfach nicht mehr kamen, als auch die Mobilisierung für die überregionale Teilnahme an der internationalen Großdemo am 8. Juli. Vor die

Frage gestellt, an welcher der beiden sie teilnehmen sollten, entschieden sich viele für das völlige Fernbleiben.

Gipfel für Globale Solidarität

Der Alternativgipfel sollte einerseits dazu dienen, der inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Politik der G20 einen breiten Raum zu geben, und andererseits auch Akteure aus dem eher bürgerlichen Spektrum ins Boot zu holen, die unsere inhaltliche Kritik an den G20 teilen, aber nicht unsere Aktionsformen. Dies war nicht einfach. Neben dem bereits beschriebenen Konflikt um die Nähe der Aktivitäten zum eigentlichen Gipfeltreffen gab es unterschiedliche Einschätzungen zur Rolle der G20 in Bezug auf notwendige Veränderungsprozesse. Während für Attac und andere die G20-Staaten und ihre Treffen in erster Linie ein Teil des Problems darstellen, setzen andere darauf, dass diese auch ein Teil der Lösung werden könnten. Entsprechend zäh und langwierig verliefen die Gespräche für einen gemeinsamen Aufruf und die Akquise von Finanzen. Trotzdem ist es gelungen, einen breiten Trägerkreis für den Gipfel der Globalen Solidarität zusammenzubringen und über 75 Kooperationspartner zu gewinnen.

Block G20 – Color the red zone

Obwohl es eine ganze Reihe von Gruppen gab, die beim G20 Gipfel auch mit Aktionen Zivilen Ungehorsams intervenieren wollten, kam der Prozess dazu erst im Dezember 2016 ins Laufen. Die erste Aktionskonferenz in Hamburg war zwar gut besucht, spiegelte allerdings nur ein eher enges Spektrum wider, das von Gruppen der radikalen Linken bis zu Attac reichte. Schnell einigte man sich darauf, den 7. Juli als einen zentralen Aktionstag zu nutzen. Während ein Teil, unter anderem Attac, den Begriff des Zivilen Ungehorsams im Aktionsbild deutlich hervorheben wollte, insistierten andere darauf, allgemeiner von Widerstand zu sprechen. Die Widersprüche waren teilweise so heftig, dass die Verständigung auf einen Aktionskonsens zeitweise unwahrscheinlich schien. Zudem gab es deutliche Unterschiede in der Frage der richtigen Aktion. Ein Spektrum plädierte für eine Aktionsform, die darauf abzielt, die Infrastruktur der kapitalistischen Verwertungskette lahm zu legen. Dieser Teil führte dann während des Gipfels eine Blockade des Hamburger Hafens durch. Trotz unterschiedlicher inhaltlicher Ausrichtung gab es zwischen der Aktion im Hafen und Block G20 eine positive Bezugnahme und viele AktivistInnen, die am Vormittag im Hafen unterwegs waren, schlossen sich danach den Blockaden um die Elbphilharmonie an. Aus den Reihen der Klimabewegung entstand die Idee einer Anti-Kohle-Aktion ebenfalls im Hamburger Hafen. Leider ist diese Aktion dann doch nicht zustande gekommen.

Attac hat von Anfang an auf eine Blockade des eigentlichen Gipfeltreffens orientiert. Dies stellte sich im Laufe des Prozesses als Mehrheitsposition heraus. Ziel der Aktion war eine reale Behinderung des Gipfelablaufs. Das sollte mit dem Mittel der öffentlich angekündigten massenhaften Blockade der Zufahrtswege erfolgen. Attac war es wichtig, dass es für die Aktion einen belastbaren Aktionskonsens der beteiligten Akteure gibt. Dies sollte nicht nur Klarheit für unsere eigenen AktivistInnen schaffen, auf was sie sich bei der Aktion einließen, sondern es auch anderen erleichtern, sich den Aktionen anzuschließen. Nach etlichen Runden gelang schließlich die Einigung auf ein gemeinsames Aktionsbild.

Die große Verbotzone rund um den Tagungsort erschwerte die Vorbereitung der Blockadeaktionen und erforderte bis zuletzt viel Improvisation, zumal sowohl Polizeiführung als auch der Hamburger Senat nicht müde wurden zu betonen, dass sie jegliche Aktion innerhalb der so genannten Blauen Zone unterbinden würden. Entsprechend hoch ist es zu werten, dass sich niemand entmutigen ließ und am 7. Juli Tausende dort waren, wo sie nicht sein sollten, und den Gipfel behinderten.

Demonstration „Grenzenlose Solidarität statt G20“

Der Bündniskreis für die Demo am 8. Juli, dem zweiten Gipfeltag, war auf dem großen Plattformtreffen im September initiiert worden und traf sich Ende Oktober erstmals öffentlich. Attac war daran und an der weiteren Gestaltung maßgeblich beteiligt. Wir haben Verantwortung in allen gemeinsamen Arbeitsbereichen (Anmeldung/Rechtsfragen, Demoorganisation, Finanzen, Pressearbeit, Koordinierung des Bündnisses) übernommen wie auch selbst breit mobilisiert.

Eine wichtige Aufgabe war die Entwicklung eines zumindest internen Konsenses, wie diese Demo aussehen soll. Attac hat eine Beschlusslage, dass wir uns nur an Bündnissen beteiligen, wenn wir erwarten können, dass die Abläufe so sind, dass wir hinterher auch dazu stehen können. Das erfordert umfangreiche und offene Gespräche mit allen Beteiligten, vor allem wenn deren Vorstellungen deutlich voneinander abweichen. Es geht um den Aufbau von Vertrauen und darum, eine Vorstellung von den Prioritäten und Grenzen der Partner zu bekommen. Zu einigen der in Hamburg aktiven Organisationen gab es deutliche Distanz von beiden Seiten. Wir haben intensiv daran gearbeitet, hier Kontakte und Wissen voneinander herzustellen. Zusammen mit anderen Partnern und der Erfahrung aus vielen Bündnissen der letzten zehn Jahre ist das schließlich auch gelungen.

Camps

Während Attac bei der Vorbereitung der Camps zunächst eher in der zweiten Reihe agierte, mussten wir uns, je näher der Gipfel rückte und der Hamburger Senat weiter keine Flächen zur Verfügung stellte, in den Prozess zur Durchsetzung von Übernachtungsmöglichkeiten einbringen. Trotz der Kurzfristigkeit und der sich überschlagenden Ereignisse in der Frage der Camps entstand dabei eine konstruktive, solidarische und letztlich in Teilen sehr erfolgreiche Zusammenarbeit mit anderen für die Camps engagierten AkteurInnen.

Koordination

Aus der Erfahrung anderer Bündnisse heraus und im Wissen um die Fallstricke haben wir gemeinsam mit einigen anderen auf die Einrichtung einer Runde von Personen aus allen Spektren gedrängt, die während der gesamten Aktionswoche Informationen und Einschätzungen ausgetauscht hat und viel dazu beitragen konnte, dass es kein voreiliges Reden *übereinander* gab, sondern *miteinander* gesprochen wurde. Formal war diese Runde Teil der Plattform. Ihr wichtigstes Eingreifen in die Abläufe war eine Pressekonferenz vor dem Hamburger Rathaus am Dienstag, den 4. Juli, wo Personen aus fast 20 Organisationen den Senat aufforderten, endlich Schlafmöglichkeiten zu schaffen und die Camps zuzulassen.

Rückblickend lässt sich feststellen, dass die Zeit und Energie, die in Bündnisprozesse gesteckt wurden, sich überall dort gelohnt haben, wo die grundsätzliche Bereitschaft vorhanden war, die Proteste als gemeinsames Projekt anzugehen und einen Aktionskonsens zu finden, der Rücksicht nimmt auf die Grenzen aller Akteure. Attac wird deshalb auch weiterhin versuchen, eine Scharnierfunktion zwischen verschiedenen Spektren einer Protestbewegung wahrzunehmen. Denn bei allen Unterschieden in inhaltlicher Schwerpunktsetzung und Protestform: Wenn wir etwas verändern möchten, können wir es nur gemeinsam schaffen.